

Stefan Remeke

Die „Gewerkschaftselite“

Konferenzbericht der Tagung: „Die Gewerkschaftselite der Nachkriegszeit – Prägung, Funktion, Leitbilder“, Bochum, Januar 2004

Auf Initiative von Klaus Tenfelde und Karl Lauschke und mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung versammelten sich am 23. und 24. Januar 2004 im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets Historikerinnen und Historiker, die zur Gewerkschaftsgeschichte arbeiten. Wie es Klaus Tenfelde im Verlauf der Tagung noch betonen sollte, handelte es sich bei dieser Veranstaltung um den ersten Versuch, die Nachkriegsgeschichte der deutschen Gewerkschaften mit dem Blick auf ihre Eliten im Rahmen eines geschichtswissenschaftlichen Symposiums zu systematisieren. Drei Kategorien, die im Verlauf der Tagung als Leitthemen der jeweiligen Sektionen dienten, sollten sich als sinnstiftend erweisen: die Verarbeitung nationalsozialistischer Erfahrungen, die Herausforderungen der Einheitsgewerkschaft und die Frage, inwiefern neue Gewerkschaftsführer auch neue Führungsprofile repräsentierten.

Darüber wurde über zwei Tage angeregt debattiert, was nicht zuletzt durch eine interessante Zusammensetzung der Teilnehmer befördert wurde. Denn es diskutierten nicht nur Gewerkschaftshistoriker verschiedener Forschergenerationen mit Wissenschaftlern anderer Disziplinen, sondern gleichsam Gewerkschafter und Zeitzeugen. Einen Höhepunkt stellte die von Karl Lauschke mit einem Vortrag eingeleitete und von Hans-Otto Hemmer moderierte Abendveranstaltung dar, bei der Irmgard Blättel, Ernst Breit, Adolf Schmidt und Detlef Hensche einen Einblick in ihre Erinnerungen und ihre Gedanken über Macht und Ohnmacht des Deutschen Gewerkschaftsbundes erlaubten.

Methodisch-konzeptionell eingeführt wurde die Tagung mit einem Leitreferat von Klaus Dörre. Unter dem Titel „Elitenbildung und ihr Wandel in der Gewerkschaftsbewegung der Nachkriegszeit“ ging Dörre zunächst auf den Elitenbegriff und seine Anwendung auf die Gewerkschaften ein. Die Definition der Funktionseliten sah er für die Gewerkschaften als problematisch an, Positionseliten mit der analytischen Kategorie für Macht und Herrschaft hingegen als anwendbar, sofern man Bourdieus Formel der „Herrschenden in beherrschter Stellung“ berücksichtigte. Charakteristisch für Gewerkschaftseliten sei der zu vollziehende Spagat zwischen Statussicherung und Milieuverhaftung. Einerseits müssten gewerkschaftliche Eliten an einer Absicherung ihrer gehobenen Positionen interessiert sein, andererseits drohten bei Verlust der Milieuanbindung zur Mitgliederbasis Konsequenzen, wie der Fall Steinkühlers veranschaulicht habe.

Dörre vertrat die These, dass ein spezifisches Sozialprofil bei gewerkschaftlichen Eliten erkennbar ist und in erstaunlicher Kontinuität bis heute besteht, wodurch sich in der Gegenwart neue Probleme für die Gewerkschaften ergeben. Zunächst bliebe eine genaue Bestimmung gewerkschaftlicher Führungsgruppen in der Literatur unklar. Hat man nur die geschäftsführenden Vorstände zu beachten, muss man unter Einschluss der Bezirksleiter oder

Landesvorstände weiter greifen oder gar noch andere Kategorien beachten? Im Hinblick auf das Sozialprofil habe man bis zu Beginn der 1970er Jahre zwei Generationen zu unterscheiden: eine erste, welche die Brücke zur Weimarer Republik schlage, und eine nachfolgende, die schon als Wohlstandsgeneration bezeichnet werden könne. Die Funktionärinnen waren stets unterrepräsentiert und nur in den Statusgruppen der Frauenabteilungen zahlreich zu finden. Die Väter gewerkschaftlicher Funktionäre sind zumeist als Facharbeiter in gut organisierten Bereichen tätig gewesen, politisch blieb die Bindung an die Sozialdemokratie dominant. Bis 1995, so analysierte Dörre, war das Gefälle im Sozialprofil zwischen Spitzenfunktionären und Bevölkerung bei den Gewerkschaften gering – jedenfalls im Vergleich zu anderen Gruppen. Auch Rekrutierung und Zirkulation hätten sich bis in die 1990er Jahre als weitgehend stabil erwiesen, die „Ochsentour“ oder der „Stallgeruch“ an Bedeutung nicht wesentlich verloren, wenngleich eine gewisse Professionalisierung und Erhöhung des Bildungsniveaus beobachtet werden könnten.

In der Diskussionsrunde wurde darauf verwiesen, dass die fehlende Zirkulation der Eliten ein Hauptproblem der Gewerkschaften, vergleichbar dem der katholischen Kirche, war, wobei die Qualifikation der potenziellen Mitglieder im Verlauf der Geschichte stärker steigen konnte als jene der gewerkschaftlichen Eliten selbst (Borsdorf). Mit der Frage, ob man die Ergebnisse der von Dörre vorgestellten Elitenforschung aus den 1980er und 1990er Jahren noch bestätigen könne, wenn der Blick auf die historischen Dimensionen der Gewerkschaftseliten nach 1945 gelenkt werde (Tenfelde), wurde in die Arbeit der Sektionen übergeleitet.

Die erste Sektion führte den Titel „Die Verarbeitung nationalsozialistischer Erfahrungen“ und stand unter der Leitung von Inge Marßolek. In einem Kommentar von Matthias Frese wurden die Texte von Julia Angster über Werner Hansen, von Frank Ahland über Ludwig Rosenberg und von Thomas Köcher über Gewerkschaften und Entnazifizierung vorgestellt. Frese ging in seiner Interpretation dieser Beiträge davon aus, dass die Palette der Erfahrungen der Gewerkschaftselite unmittelbar nach 1945 sehr breit gewesen sein musste. So ließe sich Hansen als Betreiber eines fundamentalen Wertewandels verstehen, der – durch seine Erfahrungen im Exil befördert – für eine liberale und pluralistische Gesellschaftsordnung mit den Determinanten Marktwirtschaft und Eigentum eintrat und den programmatischen Prozess des DGB bis zum Düsseldorfer Grundsatzprogramm geradezu personifizierte. Die Rezeption der Auslandseinflüsse war, wie Angster ergänzte, wohl individuell unterschiedlich. Während Figuren wie Ollenhauer gegenüber Außenimpulsen geradezu „wasserdicht“ gewesen seien, hätten sich Personen wie Hansen, die aus einer diffusen Unzufriedenheit in die Emigration wechselten, durchaus offener gezeigt. Die Bedeutung der Netzwerke, die Angster betonte, hatte für Hansen demnach verschiedene Facetten. Hansen war in Emigrantenorganisationen in England aktiv, hier erfolgte Hansens Abgrenzung vom Kommunismus, hier lernte er die Ziele der britischen Arbeiterbewegung kennen. Später war er ein aktiver Part in transatlantischen Netzwerken der Gewerkschafter und als „Westernisierer“ an personalpolitischen und anderen Entscheidungen über seine Mitgliedschaft im „Zehner-Kreis“ beteiligt.

Die zentralen Erfahrungen als Exilant bestätigten sich ebenso für Rosenberg. Aus einem liberal-jüdischen Elternhaus stammend, floh er 1933 nach England, wo er in Exilgruppen

sehr engagiert war und erst 1946 nach Deutschland zurückkehrte. Auch wenn Rosenberg selbst die Thematisierung des Exils nicht offensiv betrieb, sollte er sich bitter über die Gering-schätzung der Emigranten beklagen. Obgleich die Vita Rosenbergs mit der von Hansen durchaus vergleichbar war, Rosenberg entstammte einem anderen Milieu und hatte ein anderes Verhältnis zur Demokratie. Für ihn sei England, so Ahland, die Erfüllung eigener Träume hinsichtlich liberaldemokratischer Überzeugungen gewesen. Nicht mit biografi-schem Ansatz wie bei Angster oder Ahland fokussierte Köcher die Haltung des DGB als Kör-perschaft. Als Organ der „Unschuldigen“ hätte der DGB nur wenig Bereitschaft gezeigt, sich jenseits von Gedenktagen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ab 1945 konkret und systematisch zu befassen. Zwar habe der DGB der Entnazifizierung zunächst zuge-stimmt, sie später aber verstärkt abgelehnt. Auch der „Fall Pahl“ stützte diese Interpretation, denn er endete nicht mit einer offensiven gewerkschaftlichen Vergangenheitsdiskussion, sondern mit einer defensiven internen Strategie der Beschwichtigung.

Die Diskussion konzentrierte sich auf die Frage, welche Bedeutung man den Netzwerken tatsächlich zubilligen könne und wie die Haltung des DGB zur Vergangenheitspolitik zu in-terpretieren sei. Dabei wurde vor einer Überschätzung der Netzwerke gewarnt, die – häufig mystifiziert – keinen wirklich erkennbaren Einfluss auf das Godesberger Programm der SPD oder das DGB-Grundsatzprogramm von 1963 gehabt hätten (Schönhoven). Zudem sei die Zahl der in Netzwerken Organisierten klein gewesen, in bestimmten Verbänden hätten sich die „Traditionalisten“ durchgesetzt (Frese). Hingewiesen wurde auf die späte Zustimmung des DGB, dass sich der Großteil der Gewerkschafter im Nationalsozialismus in der Deut-schen Arbeitsfront auch emotional aufgehoben gefühlt habe (Borsdorf). Der Begriff der „Klassenschuld“ von Schumacher, so habe es den Anschein, sei vom DGB adaptiert worden. Während sich die Funktionäre der „postnationalsozialistischen Solidargemeinschaft“ zuge-hörig gefühlt hätten, habe man die Schuld bei den Kapitalisten verortet (Schönhoven) – wo-bei man gegen die „Feinde der Demokratie“ sowohl von links als auch von rechts initiativ wurde (Wilke). Man sollte fragen, ob Politik und Haltung im DGB angesichts des Aufge-hens der Arbeitswelt in der Volksgemeinschaftsideologie nicht integrativ wirkten, indem man nach 1945 dieses Konfliktthema nach innen weitgehend vermied (Schönhoven).

Die zweite Sektion suchte nach einheitsgewerkschaftlichen Herausforderungen und wur-de von Klaus Tenfelde geleitet. Die hier betrachteten Persönlichkeiten der 1950er und 1960er Jahre, so führte Tenfelde ein, hätten die Sozialisationskrisen der 1920er und 1930er Jahre erfahren, so dass die Verarbeitung jener Prägungen einen Leitfaden anbieten könnte. Im Kommentar von Manfred Wilke wurden die Texte von Till Kössler über Willi Agatz, von Knud Andresen zu Heinz Brandt und von Peter Hübner über die DDR-Gewerkschaftsführ-er vorgestellt. Wilke wies auf das Übergewicht solcher Gewerkschaftsfunktionäre hin, die als Sozialisationskohorte der kommunistischen Arbeiterbewegung entstammten – ein Ein-druck, der noch dadurch verstärkt wurde, dass ein Beitrag von Klaus Mertsching über Mat-thias Föcher, einem Verfechter der Einheitsgewerkschaft aus katholisch-christlicher Verant-wortung, entfiel. Für Wilke stand Agatz paradigmatisch für die Frage, wie die Geschichte der Kommunisten in der Einheitsgewerkschaft dargestellt werden könne. Betrachtete man Ein-heitsgewerkschaft als Ergebnis von Machtkämpfen auf unterer Ebene, so Kössler, und die be-

sondere Zuspitzung zwischen Kommunisten und den anderen politischen Richtungen der Einheitsgewerkschaft, werde das Schicksal von Agatz darin verständlich. Im Jahr 1946 in das Ruhrgebiet zurückgekehrt, wäre Agatz beinahe Vorsitzender der IG Bergbau geworden. In der Gewerkschaftsbewegung der britischen Zone habe er rasch aufsteigen können, bis Sozialdemokraten und Christen Fraktionsarbeit und Spaltungsgefahr gesehen hätten. Dennoch habe Agatz erheblich dazu beigetragen, syndikalistische Gruppen, die in der Ruhrbergarbeiterschaft verbreitet waren, in die Einheitsgewerkschaft zu integrieren.

Auch Heinz Brandt, der aus einem intellektuellen jüdischen Elternhaus stammte, wurde in Berlin früh Kommunist. Nach einem Leidensweg in Zuchthäusern und Konzentrationslagern begann er nach dem Krieg eine SED-Karriere. In einem Selbstverständnis zwischen Ulbricht-Kritiker und Versöhner erlitt er nach 1953 einen ‚Karriereknick‘ und begann, seinen Übertritt in den Westen vorzubereiten. Im Jahr 1958 geflohen, war Brandt seit 1961 einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, als er in die DDR entführt wurde und im Rahmen internationaler Kampagnen für seine Freilassung, die schließlich 1964 erfolgte, ungewollte Popularität erzielte. Als Redakteur der IG Metall, so Andresen, habe er die Konflikte um den antikapitalistischen Gehalt der Programmatik auch mit langjährigen Freunden geführt – bis zum Ausschlussantrag. In den 1970er Jahren, nun bereits im Ruhestand, habe ihn eine geistige Offenheit gegenüber den neuen politischen und sozialen Bewegungen ausgezeichnet.

In einem Beitrag über die DDR-Gewerkschaftsführer betonte Hübner die Rolle des FDGB als „zweite Einheitsgewerkschaft“. Seit 1947 zur SED-Massenorganisation ausgebaut, habe Herbert Warnke noch 1952 die Parole ausgegeben, dass der FDGB zur „Armee der Partei“ werden müsse. Wie Wilke in seinem Kommentar betonte, sollte für Warnke nach dem 17. Juni 1953 indes eine Zeit der Desillusionierung beginnen. Die Herrschaft der SED sei fortan gesichert und das ZK der Partei dominant gewesen, womit sich die Rolle des FDGB auf die Ausführung der Anweisungen der SED zur Verhaftung der Rädelsführer beschränkt habe. Gemessen an den eigenen Ansprüchen noch 1952 hielt Wilke diese Haltung des FDGB für so kritikwürdig, dass man mit der Position des FDGB nach 1953 oder ihrer Exponenten wie Warnke kein Mitleid haben dürfe. Dagegen betonte Hübner, dass Mitleid keine angemessene Kategorie für eine differenzierte Bewertung des FDGB liefern könne. Eine gewisse Tragik in der Machtlosigkeit des FDGB gegenüber der SED sei vorhanden und das Bemühen des FDGB zu konstatieren, das Seinige für eine Hebung der Lebensbedingungen der Arbeiter versucht zu haben.

Die anschließende Diskussion entwickelte sich um den Loyalitätsbegriff der vorgestellten Gewerkschaftseliten. Offenbar schien Loyalität, verstanden als Ausharren in Organisationen trotz aller Konflikte, für alle Figuren eine hervorgehobene Bedeutung gehabt zu haben, womit zu fragen wäre, welche Möglichkeiten sie für die Beteiligung an der Meinungsfindung ihrer Organisationen noch sahen (Lauschke). Als „Gruppe der Außenseiter“ wäre am Beispiel jener Akteure die Entwicklung eines „binnenpluralistischen Gewerkschaftswesens“ zu studieren, wobei der Syndikalismus als Kontinuum interessant scheint. Von den frühen Strömungen etwa in der IG Bergbau über die Septemberstreiks von 1969 bis zum Verhalten der Betriebsräte bei Daimler Benz in jüngerer Vergangenheit wären allgemein syndikalistische Tendenzen zu erkennen (Schönhoven), die sich für den FDGB der 1960er Jahre ebenso an-

deuteten (Hübner). Schließlich bestand die Herausforderung der Einheitsgewerkschaft auch im Hinblick auf die Konkurrenz zweier Modelle während der deutschen Zweistaatlichkeit (Schönhoven).

Mit dem Hinweis auf weitgehend fehlende biografische Kenntnisse über die Eliten der Gewerkschaften insbesondere für die Zeit seit den 1970er Jahren eröffnete Klaus Schönhoven die dritte Sektion, die nach neuen Gewerkschaftsführern und neuen Führungsprofilen fragte. Ludger Pries kommentierte die Beiträge von Susanne Kreuzer über Gewerkschafterinnen, Werner Abelshäuser zu Hans Matthöfer, von Michael Schneider über Walter Hesselbach, Stefan Müller zu Heinz Dürrbeck und von Klaus Kempster über Eugen Loderer. Dabei zeigten sich die Lebensläufe der Akteure nach Ansicht von Pries schon auf den ersten Blick als recht unterschiedlich, wenn man die Varianz zwischen den „Blitzkarrieren“ eines Dürrbeck oder Hesselbach mit der „Ochsentour“ eines Loderer vergleiche.

Konkret zeichneten Abelshäuser und Kempster die Karrieren der Metallgewerkschafter Matthöfer und Loderer als Gegenentwürfe. Matthöfer sei, wie Abelshäuser es darlegte, kein Gewerkschaftsführer im engeren Sinne gewesen. Er fungierte als Angestellter im Vorstand der IG Metall, wo man sein Führungsprofil zu keiner Zeit anerkannt habe. Als er 1972 zum Abteilungsleiter für besondere Aufgaben ernannt wurde, war dies ein gewerkschaftliches Abstellgleis. Matthöfer, der im gleichen Jahr seine politische Karriere als parlamentarischer Staatssekretär vorantrieb, habe die Vorstellungen der IG Metall im parlamentarischen Raum nie verbreitet. Im Gegenteil habe es eher Konflikte mit der Gewerkschaft gegeben, denn in vielen seiner Ansichten sei er seiner Zeit voraus gewesen. Ob es Matthöfers Konzept einer betriebsnahen Tarifpolitik war, ein entmystifizierter Blick auf die Automatisierung oder die Akzentuierung der ökonomisch-produktiven Dimensionen der Betriebsverfassung, Matthöfer schien gewerkschaftspolitische Schwerpunkte offenbar visionär zu deuten. Schon 1982 kritisierte er die Frühverrentung und eine unflexible Arbeitszeitpolitik, in den späten 1980er Jahren beschrieb er sich selbst, so Abelshäuser, als „Liquidator der Gemeinwirtschaft“.

Im Kontrast zu Matthöfer machte Loderer eine Gewerkschafterkarriere in traditionellen Bahnen. Aus einfachen Familienverhältnissen stammend und Armut in der Weimarer Zeit selbst erfahrend, habe Loderer seine Laufbahn als Gewerkschaftsfunktionär immer auch als wunderbaren persönlichen Aufstieg empfunden. Wenngleich die Positionen der IG Metall unter Loderer vor allem nach der Wirtschaftskrise von 1973/74 von denen eines Matthöfer zu unterscheiden seien, habe man in der IG Metall intern womöglich rationaler als nach außen argumentiert. Eine mentale Differenz zwischen beiden Akteuren, so folgerte Kempster, sollte man nicht zu stark betonen.

Mit nahezu gleichen Geburtsjahrgängen waren auch die Werdegänge von Dürrbeck und Hesselbach bei genauerer Betrachtung sehr verschieden. Dürrbeck, 1912 geboren und mithin Brenner näher als Loderer, wurde trotz seiner proletarischen Herkunft verantwortlich für die Angestelltenarbeit der IG Metall. Dagegen machte Hesselbach, 1915 geboren, eine geradezu untypische Doppelkarriere als Gewerkschafter und Banker. Noch vor seinem Abitur 1933 war er Mitglied der SPD geworden und hatte, so Schneider, die Absicht Lehrer zu werden. Doch mit einer Banklehre, als Soldat und schließlich in Kriegsgefangenschaft nahm sein Werdegang einen anderen Verlauf. Nach dem Krieg sofort wieder in der SPD aktiv, gelang

ihm auf Vermittlung von Hermann Abs eine rasante Karriere bei der Hessischen Landesbank, mit 43 Jahren wurde er Vorsitzender der Bank für Gemeinwirtschaft. Auch wenn Heselbach nie Gewerkschaftsführer war, er begleitete Gewerkschaftspolitik stets aktiv und war als Betriebsrat tätig. Er stellte, wie Schneider betonte, eine soziale Erfolgsgeschichte der 1950er und 1960er Jahre dar, mit seiner Person wäre die fortschrittliche Politik der BfG in diesen Jahren eng verbunden gewesen. Gegen jene Erfolgskarrieren, so Kreuzer, müsste eine Anbindung von Frauenbiografien an diese „Männerkarrieren“ nicht zuletzt deshalb Probleme bereiten, weil die Lebenswege von Gewerkschafterinnen oft Geschichten der Verhinderung gewesen seien.

In der anschließenden Diskussion wurde mit Nachdruck dafür plädiert, Karrieren von Gewerkschafterinnen nun endlich verstärkt in den Blick zu nehmen, um diesen weißen Fleck der geschichtswissenschaftlichen Biografik zumindest ansatzweise zu beseitigen (Simon). Für Matthöfer wurde ergänzt, dass er in den 1970er Jahren der verbreiteten „Reorientierung“ an den Wachstumserwartungen der 1950er und 1960er Jahre widerstand und die Probleme der sich abzeichnenden Strukturkrise frühzeitig gesehen habe (Abelshauer). Dabei könnte es für ihn gewerkschaftspolitische Schwierigkeiten auch deshalb gegeben haben, weil Funktionäre, die Autorität von außen suchten, sich in den Gewerkschaften unbeliebt gemacht hätten (Hensche).

Mit seinem Schlusswort fasste Klaus Tenfelde die Ergebnisse der Tagung zusammen. Angesichts eines lückenhaften Kenntnisstandes ließen sich noch keine abschließenden Thesen formulieren. Gezeigt hätten sich aber eine Fülle von offenen Fragen: Welche Generationen und Kohorten könne man für eine gewerkschaftliche Elite nach 1945 tatsächlich ausdifferenzieren? Im Anschluss an Dörres einleitende These der Kontinuitäten, welche durch die biografischen Studien vielfach widerlegt worden sei, ließe sich fragen, ob wir uns nicht am Individualitätsprinzip der bürgerlichen Biografien zu orientieren hätten. Dabei müssten Gewerkschafterbiografien die permanente Konfrontation mit der Massenbewegung vergegenwärtigen. Auf zwei Pfaden sollte die Forschung voranschreiten: Weitere Biografien müssten geschrieben und eine große Topografie der Gewerkschaftsführer zwischen 1945 und 1980 als Bestandsaufnahme anvisiert werden.